



**Patronatskomitee:** Margrit ANNEN-RUF, Sigriswil - Prof. Hans Christoph BINSWANGER, St. Gallen – Sonja CRESPO, Zürich - Dr. iur. Bernhard GELZER, Basel - Prof. Jürg A. HAUSER, Weggis - Prof. Otto HEGG, Bern - Prof. Hans Jörg LEISI, Männedorf - Dr. med. Roland MATTER, Basel - Walter PALMERS, Sursee – Prof. Dr. Hans POPP, Liebefeld – Prof. Manfred REHBINDER, Zürich - Dr. Philippe ROCH, Russin /GE - Prof. Peter SCHIESS, Basel - Prof. Dieter STEINER, Zürich

# ECOPOP-Positionspapier

## „Entwicklung und Migration“

Autoren: Andreas Steiner, Benno Büeler

### Zusammenfassung

In Asien und Afrika liegt die Anzahl Menschen, die in den reichen Norden bzw. Westen auswandern möchten, bei Hunderttausenden, wenn nicht vielen Millionen Menschen. Mit wachsenden Diasporagemeinden bei uns, mit der Verbreitung von Internet und Handys und einem zusehends besser funktionierenden Schleppertum wird der Fluchtstrom noch anwachsen. Die öffentliche Diskussion bei uns pendelt zwischen naiver Hilfe und Hetze. Unsere Politik ist weitgehend ratlos und hilflos, um den Zustand meistern zu können. Die Fortsetzung der jetzigen Politik wird zusehends unhaltbar. Auch haben wir es meistens weniger mit den wirklich Elenden und Bedrohten zu tun, sondern mit besser ausgebildeten jungen Menschen, die über etwas Geld verfügen. Wir in Europa könnten mit den für das Asylwesen verwendeten Mittel effizienter den Menschen in den Ursprungsländern helfen, damit diese dort ein weniger elendes Leben führen müssen und keine Gründe mehr haben, ihr Land zu verlassen. Die jetzige Asylpolitik lindert die Ursachen für Elend, Armut und Flucht nicht, sie vertieft sie vielmehr durch einen massiven Brain-Drain.

ECOPOP will mit diesem Positionspapier konstruktive Vorschläge für kurzfristige Massnahmen zur Linderung der Symptome und langfristige Massnahmen zur Bekämpfung der Ursachen der zunehmenden Migration vorlegen. ECOPOP will diese zur Diskussion bringen und fördern. Wir rufen deshalb die Politiker von links bis rechts auf, die gegenseitigen Diffamierungen zu stoppen und endlich eine dringend nötige Sachdiskussion zu führen. Der heutige Zustand, hinter dem das Leid von vielen Millionen Menschen steht, verdient eine ernsthafte und differenzierte Herangehensweise und nicht nur einen politischen Schlagabtausch. Und statt einer europäischen Innensicht, welche fixiert ist auf die eigenen Probleme und die Bewältigung der Menge an Ankommenden, muss die Situation in den Ursprungsländern im Zentrum stehen. Es gilt den Ländern und Menschen dort zu einer überzeugenden Perspektive zu verhelfen.

### Ausgangslage

Rund eine Milliarde Menschen in Afrika, in Asien und in Südamerika leben in grosser Armut, weitere Milliarden leben weit unter dem materiellen Niveau Westeuropas. Diese Menschen wollen verständlicherweise ihre Lebenssituation verbessern. Seit bald zweihundert Jahren trägt der reiche

„Norden“ zum desolaten Zustand mehrerer Länder Afrikas, Asiens und Südamerikas bei: angefangen hat es mit der Kolonialisierung und der aufgezwungene Staaten- und Grenzbildung nach den Vorstellungen europäischer Staatsmänner, weitergefahren wurde mit dem rücksichtslosen Abbau von Bodenschätzen, mit politischen Eingriffen, die auch vor Mord nicht Halt machten. Jetzt herrscht ein uneingeschränkter Waffenhandel vor. Ferner: die Finanzströme fliessen stärker nach Norden als nach Süden. Über die Globalisierung werden den Drittweltländern Handelshemmnisse und verzerrte Weltmarktpreise für Agrargüter aufgezwungen. Ihnen werden sinnlose und für die Ökologie des Landes schädliche Grossprojekte wie beispielsweise ökologisch fragwürdige Staudämme aufgeschwätzt, die den Schuldenberg des Drittweltlandes astronomisch vergrössern.<sup>1</sup> Aus unseren Ländern werden Industrien – vor allem aus der Kleiderindustrie – in Drittweltländer verlegt, damit dort die Menschen für Hungerlöhne für uns arbeiten. Über die sogenannte Entwicklungshilfe haben wir den Menschen dieser Ländern Ideen und Methoden aufgezwungen, die an ihrer Lebensweise mehr zerstört als verbessert haben.<sup>2</sup> Während in der Mitte des 18. Jahrhunderts das kaufkraftbereinigte pro-Kopf-Einkommen in den reichen Nordländer etwa 4 Mal höher als das in den armen Südländer lag, hat sich dieser Unterschied bis heute auf einen Faktor von etwa 250 vergrössert.

Eine einseitige Schuldzuweisung an den Norden würde allerdings den vielfältigen Ursachen für den Unterschied nicht gerecht. Geographische und klimatische Unterschiede spielen ebenso eine Rolle. Wer ernsthaft Armut und Elend bekämpfen will, muss diese von den Menschen unabhängigen Faktoren einbeziehen. Auch sind korrupte Regierungen und die Günstlingswirtschaft vieler Beamter ein Hindernis für eine Verbesserung der Lebensumstände der einfachen Bürger. Aus Neid und Gewinnsucht der Beamten werden Eigeninitiativen oft behindert. Viele Menschen hoffen und warten auf Geld aus Übersee. Obama hat das kürzlich so ausgedrückt: «Ich denke, dass viele (Afrikaner) viel zu lange die Erlösung draussen gesucht haben und jemand anderes für die Probleme auf dem Kontinent verantwortlich gemacht haben».

Allerdings ist es auch erfreulich zu sehen, wie einige ärmere Staaten in den letzten Jahren wirtschaftliche Verbesserungen erreichen konnten. Andererseits stecken viele andere in einer strukturschwachen politischen Misere, die den Bewohnern keine kurz- oder mittelfristigen Perspektiven gibt. Ohne Arbeit, durch Kriege bedroht oder auf der Flucht vor bewaffneten Banden scheint die Migration nach Europa für viele Menschen die einzige Lösung zu sein. Zur Flucht beigetragen haben in den letzten Jahren auch Tourismus, Handys und Internet, alles Dinge die westliche Lebensweise global bekannt machen. Ferner: billige Transportmittel welche auch Ärmeren weite Reisen erlauben, sowie Schlepper die bei der Überwindung von Grenzen helfen. Stark migrationsbeschleunigend wirken auch die wachsenden Diasporagemeinden, die weitere Menschen der eigenen Volksgruppe anziehen. Ohne fördernde Massnahmen auf die Lebensbedingungen in den Ursprungsländern muss davon ausgegangen werden, dass die Zahl der Migranten nach Europa in naher Zukunft ausserordentlich stark anwachsen wird.

Heute sprengt die Zahl der Migranten alles Bekannte aus der Vergangenheit. Gemäss UNO waren 2014 weltweit über 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Von Krieg und Terror bedroht sind noch deutlich mehr. Werden global die in elenden Verhältnissen Lebenden dazugezählt, muss von Milliarden migrationswilligen Leuten ausgegangen werden. Werden nur die mobileren gezählt – vor allem nur die jüngeren Männer welche über minimale Mittel verfügen und nach Ankunft ihre Familien nachholen wollen – sprechen wir immer noch von einigen hundert Millionen Menschen. Solche vorsichtige Schätzungen zeigen nicht nur, dass Europa bei weitem überfordert wäre, einen grösseren Teil davon aufzunehmen. Unsere Sozialsysteme würden kollabieren, gesellschaftliche Verwerfungen würden vor allem die unteren Schichten in Europa treffen. Wie Eritrea zeigt, ist aber auch der Effekt auf die Ursprungsländer verheerend: wenn ein Viertel oder ein Drittel der Bevölkerung auswandert, fehlt das besser gebildete jüngere und mittlere Alterssegment. Hatten solche Länder schon vorher Mühe ihre Situation zu verbessern, entsteht durch einen massiven Brain-Drain eine Rumpfgesellschaft

---

<sup>1</sup> Vergleiche dazu: Perkins, John (2005): Bekenntnisse eines Economic Hit Man. Unterwegs im Dienst der Wirtschaftsmafia. Deutsche Ausgabe. München: Riemann V.

<sup>2</sup> Steiner, Andreas (1996): Afrika und Wir, über unser Eingreifen in Afrika. Bilanz nach fünfzehn Jahren als Arzt in Afrika, Giessen, Focus V.

welche kaum noch Chance für einen eigenständigen Aufbau und eine selbstbestimmte Entwicklung hat. Auch mögen Geldsendungen an Verwandte in der alten Heimat (Remittances) in Einzelfällen hilfreich sein, sie wirken aber strukturzerstörend, wenn deren Anteil am Volkseinkommen zu gross wird und die aus dem Ausland gut versorgten Verwandten an einer Entwicklungszusammenarbeit jedes Interesse verlieren. Die Probleme der Migration und der Entwicklung werden immer stärker miteinander verflochten, das eine kann je länger desto weniger ohne das andere beurteilt und verbessert werden.

Die Massenflucht in den reichen Norden hat noch weitere Folgen. Da die Einwanderungsregeln in Europa und in der Schweiz kaum die legale Immigration zulassen und nur via Asyl für an Leib und Leben Bedrohte eine Einwanderung erlauben, nötigen wir alle Migranten, eine asylgerechte Geschichte bereitzuhalten. Damit werden diejenigen, die tatsächlich an Leib und Leben bedroht sind, aber nicht die nötigen Mittel für die Flucht nach Europa haben, oder nicht die Cleverness für die „richtige Geschichte“, ihrem Schicksal überlassen. Aber auch für die Armutsflüchtigen ist die Situation unbefriedigend: Da Asylkosten im Wesentlichen aus dem Staatsbudget für Entwicklungshilfe bezahlt werden, schmälern Asylanten, die in Europa angekommen sind, die Hilfe für die Elenden und Armen, die in ihren Ländern geblieben sind, mehrfach: das Geld fliesst zu den europäischen Helfern statt in die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Ursprungsländern! Statt den Ärmsten in den betroffenen Ländern zu helfen, kommen die weniger Armen in den Genuss von Hilfe, und statt in den Ursprungsländern möglichst vielen zu einer würdigen Perspektive zu verhelfen, versorgen wir eine kleine Gruppe privilegierter Migranten zu teuren europäischen Kosten.

Die heute übliche halbherzige *laisser-faire*-Politik wird damit schon mittelfristig rein quantitativ unhaltbar. Sie ist entwicklungspolitisch verheerend, denn sie lässt die tatsächlich Bedürftigen im Stich. Sie vernachlässigt die unteren Schichten in den Zielländern und könnte bei diesen die Basis für eine ausländerfeindlichere Haltung legen. ECOPOP fordert dringend eine offene Diskussion über diese Probleme. ECOPOP fordert ebenso international koordinierte Massnahmen, die die Ursachen des Elends in den Ursprungsländern bekämpft und den tatsächlich Bedürftigen und Bedrohten zu besseren Lebensbedingungen verhilft. Die Massenflucht aus wirtschaftlichen Gründen muss wirkungsvoll eingedämmt werden. In diesem Positionspapier werden einige Massnahmen aus Sicht der Schweiz dargestellt.

## Grundwerte von ECOPOP

ECOPOP ist überparteilich und gesellschaftspolitisch liberal. Wir wollen die Lebensqualität für alle jetzt lebenden Menschen erhalten, gleichzeitig aber auch für künftige Generationen und für den Erhalt der Tier- und Pflanzenwelt vorsorgen. Dies sowohl gemäss Bundesverfassung (Art. 73) in der Schweiz als auch weltweit.

## Langfristig wirkende Massnahmen

Für ECOPOP hat die Bekämpfung der Armut und die Hebung der Lebensqualität in armen Ländern eine hohe Priorität. Die Bekämpfung der Ursachen von Armut und Elend sollte kurzfristigen Massnahmen vorgezogen werden. Dazu gehört eine Entwicklungszusammenarbeit (EZA), die ihre Mittel weniger auf die Linderung der Symptome von Armut konzentriert, sondern mehr bei deren Ursachen ansetzt. Das erfordert eine ganzheitliche, transparente Vorgehensweise, die auch die Eigenverantwortung seitens der betroffenen Länder voraussetzt. Es soll auf gleicher zwischenmenschlicher Ebene mit gegenseitig abgestimmter Verantwortung zusammengearbeitet werden. Beiderseits, in den ärmeren Ländern genauso wie bei uns, sind langfristige Strukturanpassungen notwendig.

Realisierte sich allerdings die Forderung nach gleichem Wohlstand in den armen Ländern wie bei uns, würde der ökologische Fussabdruck der Menschheit drastisch zunehmen. Die Gesamtbelastung wäre für unseren Planeten nicht mehr tragbar. In allen Ländern, vor allem auch in der reichen Schweiz, muss die Politik, die auf dem Glauben an ewiges materielles Wachstum beruht, verabschiedet werden.

Ja, wir sollten noch einen Schritt weiter gehen und bereit sein, die knapper werdenden Ressourcen der Erde zu teilen. Langfristig ist in allen Ländern, also auch in der Schweiz, von einem tieferen materiellen Konsum auszugehen. Dabei käme es zu einer gerechteren Verteilung der Ressourcen, das heisst auch den Ärmern müsste mehr dieser Ressourcen zugestanden werden. Die dafür nötigen geistigen und gesellschaftlichen Anpassungsprozesse werden für die reichen Länder nicht weniger herausfordernd sein, als es der Aufbau für die ärmeren Länder ist.

Die hier dargestellten Probleme erfordern viele Massnahmen, wovon hier nur einige wenige dargestellt werden. Bezüglich EZA sind wir uns einer fundamentalen Ambivalenz bewusst. „Entwicklung“ in seiner eigentlichen Bedeutung heisst, eine bereits vorhandene Anlage hervorbringen und sichtbar werden zu lassen, m.a.W.: den Menschen ein ihrer Kultur gemässes, sicheres und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen!<sup>3</sup> Wie das Beispiel Bhutans zeigt, kann dies durchaus eine anti-materialistische Kultur sein, was gerade im Hinblick auf eine langfristige Entwicklung der Menschheit wünschbar wäre. Für ECOPOP hat die kulturelle Vielfalt einen hohen Stellenwert. Leider haben sich heute die nördlichen Konsumideale über das Internet und die elektronischen Massenmedien in fast alle Winkel der Erde verbreitet. Heute gilt das Streben nach mehr materiellem Konsum als zentrales Lebensziel für die Menschen und Staaten rund um den Erdball. Leider schädigt die Entwicklungszusammenarbeit, die zwangsläufig kulturelle Werte des Nordens verkündet und transportiert, die lokalen Kulturen zusätzlich. Es ist ein unerwünschter Effekt, der möglichst klein gehalten werden sollte.

1. **EZA fokussiert sich auf Länder, die zu einem ganzheitlichen Ansatz der Ursachenbekämpfung bereit sind.** Die Giesskannen-Projektkultur vieler Entwicklungsorganisationen (auch bei der DEZA) konzentriert sich auf die Linderung individueller Not, hilft aber wenig bei der Beseitigung gesellschaftlicher und politischer Ursachen von Armut und Elend. Beruhend auf einer internationalen Vereinbarung sollte sich die Schweiz auf wenige Länder konzentrieren, diese aber während einer festgesetzten Zeit ganzheitlich unterstützen. Nur Partnerländer, die dies wollen und die nötigen Voraussetzungen erfüllen, können mitmachen. Die Zusammenarbeit wird vertraglich geregelt, sie hängt von zu erfüllenden Bedingungen ab. Zu den Voraussetzungen der Zusammenarbeit gehören: Stabilität in der Staatsführung (was nicht Demokratie im westlichen Sinne bedeuten muss), im Rechtssystem, in der Sicherheitspolitik, in den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, inklusive Patentrecht; in einer angepassten Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ein Minimum von Infrastruktur und Umweltschutz muss vorhanden sein, ebenso ein ausbaufähiges Bildungs- und Gesundheitssystem. Die Schweiz kann wie folgt beitragen: Aufbau von dualen Bildungssystemen und Lehrwerkstätten, insbesondere für die systematische Ausbildung von Handwerkern: eine solche Ausbildung ist heute, beispielsweise in den meisten afrikanischen Staaten, nicht vorhanden. Ausbau des Gesundheitssystems und Ausbildung von Ärzten und Pflegepersonal. Zusammenarbeit in Forschung und Lehre. Austausch und Ausbildung von Fachleuten und Staatsbeamten auf verschiedenen Ebenen. Aufbau von Lokalbanken um das Kreditwesen (insbesondere auch Kleinstkredite) für Private und KMUs zu stärken, Förderung von Schweizerischen KMU, die in Partnerländer Ableger aufbauen durch Risikoschutz und zinsgünstige Darlehen. Zollbefreiung von Primär- und höherwertigen Gütern und Dienstleistungen, Patentabkommen welche deren Nutzung im Partnerland zu tiefen Kosten zulassen. Informationstausch zu Finanzen, um Korruption und Steuerbetrug zu erschweren. Erlass von odious debts und soweit nötig für den Aufbau auch Zinsmoratorien.
2. **Bessere Transparenz unserer EZA.** Die DEZA und sämtliche private Organisationen, welche öffentliche Mittel erhalten, müssen hohe Standards betreffend Transparenz und Messbarkeit einhalten (vgl. aidrating, iati, pwyf, usw.). Dabei müssen nicht nur die laufenden Arbeiten hinreichend dokumentiert sein, sondern, wo machbar, müssen auch die Wirkungen Jahre nach Projektende untersucht werden.

---

<sup>3</sup> Vergleiche dazu Steiner Andreas (2014): Aufbruch in ein mehrdimensionales Denken, Freiburg/iBr., Herder.

3. **Vermeidung strukturzerstörender Interventionen.** Viele Eingriffe des Westens in den letzten Jahrzehnten scheiterten und destabilisierten weite Gebiete infolge Krieg und falsch konzipierter EZA. Die Beispiele Afghanistan, Irak, Libyen, oder Syrien zeigen, wie Waffeneinsatz kaum je Strukturen schafft, sondern meist die Bevölkerung und das Land destabilisiert und grosse Fluchtwellen hervorruft. Die Schweiz als neutraler Staat kann über aktive diplomatische Vermittlung solche Eingriffe vermeiden helfen.
4. **Starke internationale Zusammenarbeit.** Um die angetönten Entwicklungs- und Migrationsziele zu erreichen, ist eine enge Zusammenarbeit mit ähnlich interessierten Ländern hilfreich. Europäische Länder, die EU und die UNO können dabei eine wichtige Rolle spielen. Die Schweiz darf sich aber nicht von schwerfälligen oder entscheidungsschwachen Partnern abhängig machen oder bremsen lassen.
5. **Eigenverantwortung der Entwicklungsländer bewusster machen und stärken.** Staat und Gesellschaft müssen ihre eigene Verantwortung erkennen und entsprechend handeln. Nur auf dieser Basis ist eine sinnvolle Unterstützung möglich, welche nicht Mittel verschwendet sondern in beschränkter Zeit Fortschritte erzielt.
6. **Freiwillige Familienplanung allen zugänglich machen.** Arme Länder weisen meistens eine grosse Fruchtbarkeitsrate auf. Armut und hohe Kinderzahl beeinflussen sich gegenseitig. Um die Selbstbestimmung der Frauen zu stärken, aber auch um die Bildung, Gesundheit und ökonomische Entwicklung zu verbessern, müssen sich die Entwicklungspartnerländer verpflichten, den Zugang zu freiwilliger Familienplanung (Aufklärung und Verteilung modernen Verhütungsmitteln) zu gewähren. Soweit Partnerländer aus finanziellen und logistischen Gründen dies alleine nicht schaffen, unterstützt sie die Schweiz.
7. **Übergang zu einer nachhaltigen Gleichgewichtsgesellschaft in der Schweiz.** Damit die Erde den wachsenden Konsum der Bevölkerung noch tragen kann, müssen wir reichen Länder unser materielles Wachstum einschränken und zu Gesellschaften im ökonomischen Gleichgewicht werden. Der globale Kapitalismus ist anzupassen, da er Wachstum, Überproduktion und Überkonsum fördert. Statt Globalisierung ist Internationalisierung und Regionalisierung nötig.<sup>4</sup>
8. **Zirkuläre Migration statt Einwegmigration.** Orientierungspunkt für die künftige Migrationspolitik sollte die zirkuläre Migration werden, gleicherweise für die armen wie für die reichen Länder. Diese erlaubt unbeschränkte Migration, verlangt aber eine ausgeglichene Ein- und Auswanderung als Voraussetzung für jede Form von Gleichgewichtsgesellschaften.

### Kurzfristig wirkende Massnahmen

1. **Stärkung des ursprünglichen Konzeptes von Asyl und Schutz:** Wer an Leib und Leben bedroht ist, soll für die Dauer der Bedrohung geschützt werden. Nach Ende der Bedrohung erlischt sein Anspruch auf Asyl und Schutz und damit das Aufenthaltsrecht in der Schweiz oder in einem Flüchtlingslager.  
*Hintergrund:* Aus mehreren Gründen soll die Rückkehr in das Heimatland verlangt werden. So entsteht mehr Aufnahmekapazität für weitere Bedrohte. Die während der Asyldauer Ausgebildeten und mit dem Sozialmodell der Schweiz Vertrauten könnten den Wiederaufbau im eigenen Land stärken. Kräften und Gruppierungen, die Menschen aus

---

<sup>4</sup> Wie Herman E. Daly schreibt, sollte eine ökologische und sozialverträgliche Wirtschaft nicht auf Globalisierung sondern auf lokale Strukturen setzen, ergänzt um eine gute internationale Zusammenarbeit. Daly, Herman E. (1999): Wirtschaft jenseits von Wachstum, die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung, Salzburg/München Pustet.

Zu diesem Thema ferner: H.Ch. Binswanger hat Wachstumsprobleme sowie Lösungsansätze zu deren Überwindung aufgezeigt in: Binswanger, Hans Christoph (1978): Wege aus der Wohlstandsfalle Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltkrise, Frankfurt/M, Fischer, und: (2006): Die Wachstumsspirale, Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses, Marburg, Metropolis.

ihrer Heimat vertreiben wollen, wird damit das Handeln erschwert. Nicht zuletzt kann innenpolitisch die Akzeptanz einer großzügigen Asylpolitik erhöht werden.<sup>5</sup>

2. **Asyl und Schutz soll möglichst vielen der wirklich Bedrohten zu Gute kommen.** Statt wenige Privilegierte, die dank Schlepper den Weg in die Schweiz geschafft haben, in einem teuren Asylprozess zu betreuen, soll der Asylprozess umgekehrt werden, das heisst, Asyl- und Schutzanträge müssen vor Ort gestellt und nur in speziellen Fällen in der Schweiz akzeptiert werden. Die Bedrohten werden nahe den Ursprungsländern betreut und nur ausnahmsweise in die Schweiz geholt.  
*Hintergrund:*<sup>6</sup> Die Kosten pro Asylant betragen lokal in den betroffenen Regionen nur einen kleinen Bruchteil der Kosten in der Schweiz. Entsprechend können mit gleichen Mitteln mehr Leuten Schutz geboten werden. Zu einem größeren Teil kommen so die Kosten den armen Leuten in ihrer Heimat zugute und helfen beim regionalen Aufbau. Statt den jungen, bessergestellten Männern zu helfen, welche dank Geld und Schlepper in die Schweiz gekommen sind, wird den bedürftigen Familien an Ort und Stelle geholfen.
3. **Asyl und Schutz muss international koordiniert sein.** UNO, die Nachbarländer von Krisengebieten sowie die EU sind wichtige Partner um ein effektives Asyl- und Schutzkonzept zu verwirklichen. Auch die diplomatische Beziehung zum Krisenland soll zur Verbesserung der Sicherheit eingesetzt werden.  
*Hintergrund:* NATO-Länder und USA, aber auch andere hochgerüstete Staaten, haben durch Waffeneinsatz viele Länder destabilisiert. In der internationalen Zusammenarbeit sollten diese Länder entsprechende Verantwortung für Flüchtlinge und Heimatlose übernehmen.
4. **Die Massenflucht nach Europa muss gestoppt werden.** Wird das Asyl- und Schutzsystem gemäss Punkt 1 und 2 abgeändert, kann ein grosser Teil der Asylanträge in der Schweiz abgewiesen und es müssen keine vorübergehende Aufnahmen mehr gewährt werden. Stattdessen werden, wo die Sicherheit gewährleistet ist, die Menschen in ihre Heimat zurückgebracht. Wo jene nicht gewährleistet oder eine Rückkehr sonst nicht verantwortbar ist, müssen in internationaler Zusammenarbeit Schutzlager in den betroffenen Regionen oder Transitländern aufgebaut werden, wohin die in Europa Gestrandeten gebracht werden können.  
*Hintergrund:* Dank Handys und Internet bestehen heute gutfunktionierende Verbindungen zwischen den Flüchtlingen, Diasporagemeinden und Zurückgebliebenen. Erhält ein Flüchtling nach seiner gefährlichen und teuren Reise über das Mittelmeer keinen Platz in Europa, wird die Zahl der Asylsuchenden schnell abnehmen. Wenn die Schweiz der EU voranginge, würden wir als Zielland schnell unattraktiv. Milliarden, welche die Flüchtlinge heute für Reise und Schlepper bezahlen, könnten sinnvoller genutzt werden. Schweiz und EU könnten die eingesparten Mittel in Hilfe vor Ort investieren.
5. **Die legale aber massvolle Einwanderung soll erleichtert werden.** Das diskriminierende 2-Kreismodell, welches durch die EU-Personenfreizügigkeit geschaffen wurde und ausschliesslich wirtschaftlichen Kriterien folgt, soll durch ein globales Punktesystem abgelöst werden, das allen Menschen gleiche Chancen auf Einwanderung gibt. Statt nur wirtschaftlichen Interessen zu folgen, ist das Punktesystem ausgewogen zu gestalten, Bildung, Kultur und andere Kriterien sollen angemessen berücksichtigt

---

<sup>5</sup> Wie Paul Collier treffend schreibt, dürfen Verwandtschaften (wie sie z.B. durch Heirat mit Ansässigen entstehen können) kein Bleiberecht begründen. Sonst würden Anreize geschaffen und Privilegien denen gegeben, welche über solche Verwandtschaften verfügen, auf Kosten der tatsächlich Bedrohten. Collier, Paul (2014): Exodus: Warum wir Einwanderung neu regeln müssen, München, Siedler.

<sup>6</sup> Das schweizerische Asylrecht ist geprägt von den Erfahrungen aus dem 2. Weltkrieg, als der Krieg unmittelbar an unsere Grenze reichte und vielen Bedrohten die Aufnahme dort verweigert wurde. Als ein inmitten des Geschehens befindliches Land musste die Schweiz Schutz gewähren, Abweisungen an unserer Grenze endeten vielfach mit dem Tod der Betroffenen. Geografisch liegen heute die Kriegsschauplätze weit von der Schweiz entfernt. Die auf damalige Verhältnisse beruhende Vorstellung von Asyl und Schutz ist jetzt unpassend, entsprechend unpassend ist die heute noch gültige gesetzliche Regelung.

werden. Die Nettozuwanderung soll durch eine obere Grenze so geregelt werden, dass die Bevölkerung der Schweiz nicht über 9 Millionen hinauswachsen kann.

*Hintergrund:* Praktisch alle Einwanderungsländer (z.B. USA, Kanada, Australien, Neuseeland) verwenden Punktesysteme, die flexibel und ausgewogen gestaltet sind und gleichzeitig eine quantitative Steuerung ermöglichen. Sogar SPD und Grüne in Deutschland verlangen diese für nicht-EU-Zuwanderer. Wie Paul Collier in „Exodus“ erklärt, muss eine Politik, die sowohl die Entwicklung in armen Länder stärken als auch die Sozialstrukturen bei uns zugunsten der ärmeren Schichten erhalten will, die Netto-Einwanderung durch eine vernünftige Obergrenze kontrollieren. Eine Mässigung der Einwanderung soll nach Collier durch Obergrenzen in den Zielländern erfolgen.

### **Unser Kernforderungen an die Politik**

1. Bei den wichtigen Themen Entwicklung und Migration müssen alle Parteien, ob links oder rechts, mit emotionaler Hetze stoppen und eine sachliche und konstruktive Politik mittragen.
2. Die Armutsmigration wächst schnell, sie ist selbstverstärkend. Jeder Monat Untätigkeit kostet Menschenleben und macht es schwieriger, gute Lösungen umzusetzen. Die Politik wird deshalb dringend aufgefordert, Vogel-Strauss- und Schwarz-Peter-Politik zu beenden, auf die Sache bezogen zu arbeiten, und sowohl kurzfristig die Symptome wie auch langfristig die Ursachen anzugehen.

**Kontakt via [www-ecopop.ch](http://www-ecopop.ch) oder [sekretariat@ecopop.ch](mailto:sekretariat@ecopop.ch)**